



Wohnbeihilfe erhöhen!

Unterschriftenaktion der KPÖ für leistbares Wohnen – Seite 2-3



Der Zentralverband der Pensionisten setzt sich seit 1924 für die Rechte der älteren Generation ein. Beratung und Information steht im Mittelpunkt der Tätigkeit des engagierten Pensionistenverbandes, der seit 90 Jahren von der KPÖ unterstützt wird. Die Gemütlichkeit kommt beim Zentralverband der Pensionisten nicht zu kurz! Seite 10.

Kommentar zu St. Barbara

Von Sandra Kern



Der Fusionstermin von Mitterdorf, Veitsch und Wartberg rückt näher. Jetzt gibt es einigen Wirbel: In der SPÖ fliegen die Fetzen. Es geht um Posten und Ämter. Meiner Meinung nach wäre es wichtiger, für die Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten. So wie diese Fusion durchgezogen wird, kann es nicht gehen. Die Menschen wurden nie befragt, ob sie das überhaupt wollen, ob sie Vorteile sehen oder nicht. In Hinterzimmern wird gemauschelt, die Öffentlichkeit erfährt wenig bis gar nichts. Das lässt Schlimmes befürchten, auch bei den Gebühren. Letztlich werden wir noch merken, wie viel uns diese ganze Fusion noch kosten wird. Die Menschen, die hier leben, egal ob in Mitterdorf, Wartberg oder Veitsch, werden momentan von der Politik nicht ernst genommen. Das wäre aber viel wichtiger als die Frage, wer nachher welches Amterl bekommt.

Sandra Kern, Spitzenkandidatin der KPÖ für die Gemeinderatswahlen in der neuen Gemeinde St. Barbara

Unsere Telefonnummer:

Tel u. Fax 03862/22417

KPÖ-Kapfenberg, GLB, Kinderland, KJÖ, Mieterschutzverband

Donnerstag 14 - 17 Uhr
Freitag 9.30 - 17 Uhr und nach Vereinbarung

Zentralverband der Pensionisten:

Jeden 1. Donnerstag des Monats
von 14 bis 17 Uhr

Schreiben Sie uns!

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg,
Fax 03862/22417
m@il: kpoe-kapfenberg@gmx.at

Bund Demokratischer Frauen

Jeden 2. Dienstag des Monats
von 15 bis 18 Uhr

Kommunistische Jugend

Österreichs -KJÖ

m@il: kjoe@kjoe.at

www.kjoe.at

Tel. 038 62/22 4 17



**Aus dem
Brucker Rathaus**

Leistbares Wohnen im Brucker Gemeinderat

Erhöhung der Wohnbeihilfe und Förderung des sozialen Wohnbaus – kein Thema für Bruck an der Mur?

In der Gemeinderatssitzung am 25. September stellte KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch zwei Anträge zum Thema Wohnen. Im ersten Antrag forderte er, die Wohnbeihilfe zu erhöhen und den Bezieherkreis auszuweiten. Die Wohnbeihilfe wurde 2011 massiv gekürzt und bis zum heutigen Tag nicht erhöht. Der zweite Antrag betraf die Stärkung und den Ausbau des sozialen Wohnbaus. Beide Anträge wurden von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Das Argument war, dass diese Anträge nur das Land betreffen würden.

KPÖ-Gemeinderat Jürgen

Klösch: „Die SPÖ glaubt, dass in Bruck an der Mur keiner eine Wohnbeihilfe braucht bzw. dass wir genügend Gemeindeförderung haben. Die Realität zeigt aber ein anderes Bild. Die Wohnungssprechtage in der Gemeinde zeigen, wie hoch der Bedarf an sozialen Wohnbauten ist. Außerdem haben wir im Bezirk Wohnungssprechtage, bei denen der Zustrom sehr hoch ist, weil sich die Menschen die Mieten nicht mehr leisten können. Die Ignoranz der Brucker SPÖ, ÖVP und FPÖ zeigt, dass ihnen die Bedürfnisse der Bevölkerung egal sind. Einzig die KPÖ setzt sich für die Menschen ein.“

Barrierefreies Bruck

Einstimmig angenommen wur-

de ein Antrag der KPÖ, der sich mit dem Thema der Barrierefreiheit in Bruck beschäftigte. Es soll nun ein Konzept erstellt werden, wie man die Innenstadt frei von Hindernissen und Barrieren für Menschen mit Beeinträchtigung gestalten kann. KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch hatte als Argumentationsgrundlage hierzu zahlreiche Problemfälle dokumentiert, wo es Probleme gibt. Beispielsweise verfügt selbst das Rathaus zwar über einen Lift und diverse Rampen, ist jedoch dennoch nicht völlig barrierefrei zugänglich. Klösch: „Der erste Schritt ist getan. Ich bin zuversichtlich, dass die Innenstadt in den nächsten Jahren endlich für alle Menschen zugänglich gemacht wird.“

Schulsprengel: KPÖ hatte Recht

Bevor die Fusion beschlossene Sache war, wurde den Bewohnern der Paulahofsiedlung versprochen, nach der Fusion gäbe es die Möglichkeit, die Kinder in die Volksschule Knottingerstraße zu schicken. In der Hochglanzbrochure zur Gemeindefusion musste nun eingeräumt werden, dass die Schulsprengel vorläufig nicht geändert werden, diese Möglichkeit also nicht kommen wird. Die Schulsprengelteilung hat nämlich nichts mit der Fusion zu tun. Es ist allein Sache des Landes, hier Entscheidungen zu treffen. KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch: „Diese Information habe ich bereits vor über einem Jahr vom Land erhalten und auch veröffentlicht. Ich musste viel Kritik einstecken. Jetzt stellt sich heraus, dass ich recht hatte.“



Wussten Sie, dass...

- ... eine jahrelange Forderung der KPÖ, nämlich das Brucker Messzelt rauchfrei zu gestalten, heuer erstmals umgesetzt wird?
- ... die Gemeinde Parschlug in den letzten 30 Jahren fast immer Überschüsse erwirtschaftet hat?
- ... in Kapfenberg rund 600 Personen die Aktivcard benutzen? Gut, dass hier diese Forderung der KPÖ umgesetzt wurde. In Bruck wartet man leider noch vergebens.
- ... dass die Stadtwerke in Kapfenberg satte Gewinne erwirtschaften? Man darf bei aller Freude nicht vergessen: das sind natürlich auch die Gebühren der Bürgerinnen und Bürger.



Seit 2011 befinden sich ein rassistischer Spruch und ein Hakenkreuz auf der Rückseite der Brucker Minoritenkirche, deutlich sichtbar von der Wienerstraße. Trotz mehrfacher Beschwerden aus der Bevölkerung wurde bislang nicht reagiert. KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch machte darauf mit einem Schild darauf aufmerksam: „Wir leben im Jahr 2014. Jeder weiß über die Verbrechen des Nationalsozialismus Bescheid. Ich frage mich: Muss das sein?“ so Klösch, der das Problem auch im Gemeinderat thematisierte. Der Bürgermeister will nun mit den Eigentümern reden.

Oberaich: Seniorenpark hat neue Besitzer KPÖ: Pflege gehört in Öffentliche Hand!

Der Seniorenpark in Oberaich wurde neu übernommen. Der Park wurde 2011 errichtet und umfasst rund 200 Betten. Bürgermeister Weber betonte, dass der neue Betreiber versprochen hat, die 110 Arbeitsplätze nicht abzubauen, obwohl einige Bereiche, beispielsweise die Wäscherei, ausgelagert werden sollen. Außerdem betonte Weber, dass der Sozialhilfeverband, dessen Obmann er ist, das Heim nicht übernehmen wollte, weil es nicht in die Philosophie des Verbandes

passte. KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch: „Der Seniorenpark ist ein wichtiger Arbeitgeber. Es ist naiv zu glauben, dass es für einen Privaten nicht um Gewinnmaximierung geht. Schon deswegen ist es wichtig, dass solch ein Betrieb in öffentliche Hand gehört.“

Nach Ansicht der KPÖ darf mit der Pflege von alten Menschen kein Geschäft gemacht werden. Denn eine optimale Versorgung soll es für alle geben und nicht nur für Privilegierte.

Kommentar von Gemeinderat Jürgen Klösch (Bruck)



Schluss mit den Polit-spielchen!

Liebe Bruckerin!
Lieber Brucker!
Liebe Oberaicherin,
Lieber Oberaicher!

Nun fängt der Herbst an und die Bäume verlieren ihre Blätter. Man kann jetzt genau sehen was sich unter dem Blätterkleid verbirgt. In der Gemeindepolitik biegen wir in die Schlussphase ein, Ende des Jahres wird der Gemeinderat aufgelöst. Anders als im Herbst hat es den Anschein, dass jede Fraktion versucht sich ein Blätterkleid anzulegen. Doch das Abstimmungsverhalten spricht für sich. Mein Antrag für eine höhere Wohnbeihilfe wurde abgelehnt. Gebührenerhöhungen wurde zugestimmt.

Oft bin ich als einziger auf der Seite der Bevölkerung. Auch die Fusion wirft ihre ersten Schatten voraus. Vieles ist aber auch für mich als Gemeinderat im Verborgenen. Bis zum

heutigen Tag haben wir im Gemeinderat keine konkreten Informationen zum Thema Gebühren, Leistungen oder Infrastruktur bekommen.

Eigenartig ist für mich nur, dass die Projektgruppen schon längst fertig sind. Es müsste also schon ein Ergebnis geben. Aber vielleicht verhalten sich die Brucker SPÖ, ÖVP und FPÖ dann nach den Wahlen wie Laubbäume im Herbst und verlieren ihr Laubkleid. Zu hoffen ist nur, dass sie nicht auch ihre Hemmungen verlieren und Gebühren in Bruck und Oberaich erhöhen, Leistungen reduzieren und Infrastruktur abbauen.

Die KPÖ wird im Gemeinderat bei so etwas nie zustimmen. Denn bei der KPÖ weiß man, was man hat.



Gemeinderat
Jürgen Klösch
in Bruck an der Mur
Tel. 0664 / 793 4386

Gemeindefusion: KPÖ fordert demokratisch zusammengesetzte Beiräte

Mit der Zusammenlegung der Gemeinden werden die Gemeinderäte aufgelöst. Stattdessen wird ein Regierungskommissär eingesetzt, dem ein von den Gemeinderäten gewählter Beirat assistiert.

Eine Novelle der Gemeindeordnung, welche im Landtag mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen wurde, führt dazu, dass nicht mehr wie früher alle Stadtratsfraktionen in diesem Beirat vertreten sind, sondern nur

eine Person pro Gemeinde. Der Brucker KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch forderte, dass jede Fraktion einen Platz im Beirat bekommt. Seiner Meinung nach darf die Fusion nicht zu einer Aushebelung der Oppositionsparteien führen: „Alle sollen die selben Informationen bekommen. Sonst ist diese Fusion nicht transparent. Man bekommt das Gefühl, dass Rot und Schwarz hinter verschlossenen Türen ihr Süppchen kochen wollen.“

Citybus nach Oberaich

Feierlich wurde die neue Citybuslinie zwischen Bruck und Oberaich eröffnet. Die KPÖ unterstützt diese Erweiterung des öffentlichen Verkehrs. Gemeinderat Jürgen Klösch wies darauf hin, dass eine Fusion nicht die Voraussetzung sei: „Wenn SPÖ und ÖVP gewollt hätten, wäre dieses Projekt schon vor zehn Jahren umgesetzt worden. In Kindberg beispielsweise gibt es so etwas schon länger, ganz ohne Fusion.“

Klösch kritisiert, dass die Bevölkerung bisher keine näheren Informationen über die Auswirkungen der Fusion bekommen hat. So ist noch völlig unklar, wie sich die Gebühren der neuen Gemeinde entwickeln werden. „Auch was hinter dem schönen Begriff „Synergieeffekte“ steckt ist mir schleierhaft. Letztlich wird es jedoch Abbau von Infrastruktur und Zurückdrehen von Leistungen der Gemeinde bedeuten“, so Klösch.



Warum Geld verschenken?

Kostenlose Beratung für Arbeitnehmerveranlagungen und Steuerfreibeträge mit einem Steuerrechtsexperten.

Termine nach Vereinbarung!

Tel: 03862 / 22 417

Franz Bair Heim der KPÖ Kapfenberg, Feldgasse 8

Rat & Hilfe - KPÖ Bruck - Kapfenberg

Parschlug: Zusammenlegung beim Verfassungsgericht

Das große Thema in Parschlug ist noch immer die anstehende Zwangsfusion mit Kapfenberg. Zur Erinnerung: In Parschlug hatten bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung über 75 Prozent der Bürger für die Eigenständigkeit ihrer Gemeinde gestimmt. Aufgrund dieses eindeutigen Votums ging die Gemeinde zum Verfassungsgerichtshof, um die Fusion doch noch zu verhindern. In einer Stellungnahme weist man darauf hin, dass es für Parschlug keinerlei Vorteile bringen würde, sich mit Kapfenberg zusammenzuschließen. Man befürchtet einen Identitätsverlust in der Gemeinde sowie eine Einschränkung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Nach Ansicht der KPÖ, die auch von zahlreichen Juristen gestützt wird, darf keine Gemeinde gegen den Willen der Bevölkerung

fusioniert werden. Das Verfassungsgericht ist nun am Zug.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Haltung des Parschluger Bürgermeisters Jauck (SPÖ). Er hat die Fusion immer befürwortet, nun gibt es ernste Hinweise darauf, dass er versucht hat, den Einspruch beim Verfassungsgerichtshof zu unterlaufen. In der jüngsten Gemeinderatssitzung wurde ihm vorgeworfen, das Ergebnis der Volksabstimmung nicht ordnungsgemäß an das Land weitergemeldet zu haben. Stattdessen hat er es der BH gemeldet, die dafür gar nicht zuständig ist. Im Gemeinderat war man empört, man spricht mittlerweile von Wählertäuschung.

Eines haben die Reformpartner Voves und Schützenhöfer jedenfalls schon jetzt erreicht: Nicht nur in Parschlug gehen die Wogen hoch.

Holen Sie sich die Aktiv-Card Kapfenberg: Viele Vergünstigungen möglich!

Seit einigen Jahren gibt es in Kapfenberg die Aktiv-Card. Die KPÖ hat sie jahrelang gefordert, Peter Vogl hat einen Antrag eingebracht und der Sozialarbeitskreis hat sie dann umgesetzt.

Alle Personen, deren Jahreseinkommen gering ist, haben darauf Anspruch. Er ist formlos im Bürgerbüro zu

beantragen, mitzubringen ist der Einkommensnachweis und ein Lichtbild. Die Karte kann jährlich verlängert werden.

Die Vorteile sind vielfältig:

Die Bücherei ist kostenlos zu benutzen, Kulturveranstaltungen, das Museum, das Hexen- und Ritterfest, Meisterschaftsspiele und das Nachwuchsmodell des KSV, die Eintritte ins Schwimmbad, die Sauna und das Stadion sind ermäßigt.

Weiters ist für die Essensbeiträge in Kindergärten und Schulen weniger zu bezahlen, ebenfalls gibt es einen Zuschuss für die Kinderkrippe.

Zahlreiche Angebote des ISGS und des NTK sind zum halben Preis erhältlich, mit der MVG kann man ermäßigt fahren (allerdings keine Einzelfahrscheine).

Darüber hinaus gibt es bei Einkäufen im „Einer für Alle“-Nah & Frisch-Markt zwischen 19% und 61% Preisnachlass!

Die monatlichen Einkommensgrenzen für die Inanspruchnahme der Aktiv-Card betragen für Alleinstehende derzeit 1039,02, für Ehepaare und Lebensgemeinschaften 1416,86. Pro Kind erhöht sich die Grenze um 250.-

Es sind also zahlreiche Menschen anspruchsberechtigt. Es wäre sehr zu empfehlen, dass all jene, die ein geringes Einkommen haben, sich diese Ermäßigungen der Stadtgemeinde besorgen!

Neue Gemeinde „St. Barbara“: KPÖ befürchtet massive Gebührenerhöhungen

Die Fusion der Gemeinden Veitsch, Wartberg und Mitterdorf ist beschlossen. Für die Bevölkerung bedeutet das nichts Gutes. Die Kommunalabgaben, also die Gebühren für Wasser, Kanal und Müll, werden voraussichtlich massiv steigen. Der Grund dafür ist in der momentan unterschiedlichen Gebührengestaltung zu finden. Nach der Fusion müssen die Gebühren angeglichen werden, das schreibt das Land vor. Wie sich das auf die Abgaben auswirken wird ist noch unklar, es zeichnet sich jedoch ab, dass es zu teils massiven Gebührenerhöhungen kommen wird.

„Die Bevölkerung bekommt keine Informationen. Es wäre aber wichtig zu wissen, wie sich die finanziellen Auswirkungen der Fusion auf die einzelnen Haushalte auswirken“, kritisiert Sandra Kern,

Spitzenkandidatin der KPÖ bei der Gemeinderatswahl, die undurchsichtige Situation.

Je nachdem, welches der drei derzeit unterschiedlichen Abgabenmodelle für die Gebührengestaltung zu Grunde gelegt wird, oder ob ein völlig neues Berechnungssystem kommt: Für einen durchschnittlichen Haushalt drohen Mehrausgaben von mehreren Hundert Euro im Jahr.

Dass diese Befürchtungen nicht aus der Luft gegriffen sind, zeigt auch das Beispiel Trofaiach. Dort wurden nach der Fusion mit Gai und Hafning die Gebühren drastisch angehoben. Ein Einfamilienhaus zahlt in Trofaiach ab 2015 für Kanal und Wasser über 60 Prozent mehr, auch bei Mehrparteienhäusern gibt es Erhöhungen zwischen 12 und 49 Prozent.

Kommentar von Gemeinderat
Clemens Perteneder (Kapfenberg)

Kapfenberg ist schöner geworden...



... aber es ist noch nicht schön genug. Schön kann es erst sein, wenn es niemanden mehr gibt, der zu wenig Geld hat, um die Miete, den Strom und die Heizkosten bezahlen zu können, wenn es niemanden mehr gibt, der sich nicht genug Lebensmittel kaufen kann.

Zu mir kommen immer wieder Menschen mit derartigen Problemen. Ich versuche immer, eine Lösung zu finden. Dank der Mithilfe durch die Behörden gelingt mir das auch meistens.

Es ist bedenklich, wenn man weiß, dass Österreich zu den reichsten Ländern der Erde zählt, dass es dennoch so viele Menschen gibt, die nicht am normalen Leben teilhaben können, weil wenige Reiche

den Großteil an Geld, Grund und Boden besitzen.

Unsere Partei tritt seit jeher für eine gerechtere Verteilung ein.

Im Kleinen versuche ich, all jene, denen es gerade schlecht geht, zu unterstützen.

Es kann sein, dass jemand gerade kurz davor ist, seine Wohnung zu verlieren, es kann sein, dass die Heizung oder der Strom abgeschaltet wird. Es können Probleme mit der Mindestsicherung, der Wohnung oder der Wohnbeihilfe sein.

Aber ich stehe auch für Ideen und Vorschläge, die unsere Stadt betreffen, jederzeit zur Verfügung.

Kontaktieren Sie mich einfach!

fürchtet euch nicht!

Gemeinderat Clemens Perteneder

Tel. 03862 / 22 4 17

Helfen statt reden

Seit 2005 konnte die KPÖ in Kapfenberg einigen hundert Personen mit unserer Mieter- und Sozialberatung kostenlos und unbürokratisch helfen.

Im Gemeinderat treten wir für die Interessen der Kapfenbererinnen und Kapfenberger ein, sei es für mehr Transparenz in der Politik, gegen Gebührenerhöhung und für den Erhalt unseres Gemeindeeigentums.

Als Arbeiterpartei stehen wir in Kapfenberg und Parschlug gegen von oben verordnete, undemokratische Zwangsmaßnahmen aller Art.

... Ihr Gemeinderat C. Perteneder

Bürgerinitiative – Gastkommentar

Von Hanspeter Brandl, Bürgerinitiative für die 24-Stunden Ambulanz im Mariazeller LKH

Bürgerprotest im Mariazellerland

Die medizinische Erstversorgung in der Region Mariazellerland sichern und die Versorgungsqualität verbessern!

In der Region Mariazeller Land leben 4.500 Einwohner und sie wird jährlich von ca. einer Million Gästen besucht. Drei große Jugendheime, die im Jahr 65.000 Nächtigungen zählen, einige große Hotel- und Gastbetriebe sorgen für die entsprechende touristische Infrastruktur.

Der Plan der KAGES war, die medizinische Versorgung der Region scheinbar auf Null zu reduzieren und es besteht der Verdacht, dass alle in Mariazell bestehenden Einrichtungen in das „vorgesezte Krankenhaus“ Mürzzuschlag abgezogen werden.

Dazu ein Beispiel: Im Kampf um das LKH Mariazell wurde auch eine Wundstation errichtet, die in den Jahren ihres Bestehens sehr gute Heilerfolge erzielte. Diese wurden negiert, zuerst die Betten reduziert und dann die ganze Station zugesperrt. Patienten aus allen Bundesländern waren hier in Behandlung und die Station hatte einen sehr guten Ruf.

Die nach der Schließung übrig gebliebene Ambulanz, in der sich die örtlichen Mitarbeiter sehr bemühten diese zu erhalten, wurde von der Bevölkerung wenig frequentiert. Es war nie klar, welcher Arzt gerade Dienst hat (Internist, Chirurg, Orthopäde) und damit sank auch das Vertrauen und damit die Patientenfrequenz.

Das LKH steht auf dem Gemeindegebiet von St. Sebastian und der Bürgermeister dieser Gemeinde, Manfred Seebacher, bemühte sich intensiv mit den Verantwortli-

chen der KAGES sowie den örtlichen Ärzten im Juli dieses Jahres eine Verbesserung der Versorgung auszuhandeln, was auch zugesagt wurde. Nur der mit dieser Aufgabe beauftragte Primar Dr. Schafflinger (LKH Mürzzuschlag) kümmerte sich um diesen Auftrag sehr wenig – um nicht zu sagen gar nicht.

Über die Medien musste die Bevölkerung erfahren, dass im September an 17 Tagen die Ambulanz wegen Ärztemangels geschlossen bleibt.

Das Bürgerkomitee übernahm die Aufgabe, mittels Unterschriftenaktion und einer Protestkundgebung vor dem LKH Mariazell ihre Ängste den Verantwortlichen, dem KAGES-Vorstand sowie dem politisch verantwortlichen LR Mag. Drexler kund zu tun.

In fünf Tagen wurden 2801 Unterschriften gesammelt und ca. 400 Bewohner nahmen an der Protestversammlung teil.

Ein Teilerfolg wurde erzielt. In einer nach der Protestkundgebung erfolgten Verhandlung wurde vom LR Drexler volle Unterstützung für eine funktionierende Ambulanz gegeben und wieder einmal der Primar Dr. Schafflinger mit der Umsetzung betraut.

Für Mitte Oktober wurde eine weitere Verhandlungsrunde angesetzt.

Die Bürgerinitiative wird genau die Vereinbarungen verfolgen und die Umsetzung beobachten. Wir bleiben am Ball und sollten

keine Erfolge erzielt werden, ist uns der Weg nach Graz nicht zu weit.



Aus dem Gemeinderat Kapfenberg

Gebührenerhöhungen im Gemeinderat – KPÖ stimmte dagegen

Gleich drei Gebührenerhöhungen gab es diesmal in der Kapfenberger Gemeinderatssitzung zu beschließen. Bei der Musikschule, der Stadtbücherei und beim Kindergarten-Essen gibt es Verteuerungen. KPÖ-Gemeinderat Clemens Perteneder stimmte konsequent dagegen. „Es ist mittlerweile bekannt, dass ich immer gegen Gebührenerhöhungen stimme. Alles wird teurer. Ich sage: Die Stadt muss hier entgegenwirken“, so Perteneder.

Aktivcard wird ausgeweitet

Eine Verbesserung für die Bezieherinnen und Bezieher der Aktivcard wurde beschlossen: Zukünftig gibt es auch Ermäßigungen bei den diversen Tageskarten im Schwimmbad. Die Aktivcard beruht auf einer Idee von KPÖ-Gemeinderat Perteneder und kommt all jenen zu Gute, die mit einem geringen Einkommen oder einer niedrigen Pension sonst aus vielen gesellschaftlichen Bereichen ausgeschlossen wären.

Krieg in Syrien – Un-sachliche Debatte im Gemeinderat

Eine hitzige und leider nicht immer sachliche Debatte gab es im Gemeinderat zur Frage der Unterbringung von Kriegsflüchtlingen aus Syrien. In diesem Zusammenhang kam man auch auf die Nachnutzung des ehemaligen Asylwohnhauses in der Gustav Kramer Straße zu sprechen. Einig war man sich, dass die dortige ghettoartige Situation untragbar war. Ein konkretes Konzept für eine Nachnutzung gibt es aber immer noch nicht. Die KPÖ hatte gefordert, in dem Haus Gemeindefamilien zu errichten.

Viel Geld für KSV und die Burg

Zahlreiche Förderverträge mit Vereinen mussten beschlossen werden, da im kommenden Jahr die



Stadtgemeinde wegen der Fusion für längere Zeit als Vertragspartner ausfällt. Für den KSV wurden rund 800.000 Euro beschlossen. Bei der Burg, wo der Gastronom Konkurs anmelden musste, muss die Stadt zusätzlich Geld zuschießen. Insgesamt 490.000 Euro kostet die Burg heuer. Zukünftig soll ein Gesamtgesellschaftler die verschiedenen Betriebe der Burg (Falknerei, Gastronomie usw.) besser koordinieren und vermarkten.

KPÖ thematisiert Wohnen und Glücksspiel

Einen Erfolg vermelden kann KPÖ-Gemeinderat Perteneder: Seinem Antrag, die Landesregierung aufzufordern, dass endlich die Wohnbeihilfe erhöht wird, folgte der Gemeinderat einstimmig. „Ich freue mich über diese Unterstützung. Für die Menschen wird teures Wohnen immer mehr zum Problem“, so Perteneder. Ein weiterer Antrag, der sich mit dem Verbot von Werbemaßnahmen für Glücksspiel beschäftigte, wird derzeit von der Stadtgemeinde geprüft.

ÖVP will Fusion mit Bruck vorantreiben

Die ÖVP forderte in einem Antrag die Wiederaufnahme der Fusionsgespräche mit Bruck an der Mur. Bürgermeister Wegscheider will dazu in der kommenden Sitzung einen Bericht vorlegen. Gemeinderat Vogl (Bürgerliste) wünschte sich die Einbeziehung von Leoben, FPÖ-Gemeinderat Janisch drängte auf rasche Umsetzung. Die KPÖ steht dem Projekt zurückhaltend gegenüber, die wirklichen Probleme der Menschen liegen woanders.

LICHTBILDERVORTRAG über die Hochwasser-Hilfsaktion und Lieferung nach Bosnien und Serbien.



Freitag, 28.11. 2014 – 18.00 Uhr
Franz-Bair-Heim der KPÖ, Feldgasse 8, Kapfenberg

Es berichten alle an der Aktion Beteiligten.

KOSTENLOSE NACHHILFE

Wir bieten kostenlose Nachhilfe in Mathematik, Deutsch, Englisch, Mechanik sowie nach Möglichkeiten in weiteren Gegenständen für alle Schulstufen und -formen!

Anfragen unter 03862/22417
KPÖ Bruck-Kapfenberg

Rat & Hilfe bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ

Bei unserer kostenlosen Mieterberatung finden Sie Rat und Hilfe...

- ...bei allen mietrechtlichen Fragen
- ...bei Fragen zur Betriebskostenabrechnung
- ...wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- ...bei drohender Delogierung
- ...wenn Sie mit Ihrem Vermieter oder der Genossenschaft Probleme haben
- ...und in Fragen des Arbeitsrechtes, im Pensions- und im Sozialbereich

Rufen Sie an!

Wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden!

Telefonische Anfragen unter

Tel. 03862/22 417

Sprechstunden in der KPÖ in Kapfenberg

Bezirksbüro Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg,

Donnerstag von 14:00 bis 17:00 Uhr

und Freitag von 9:30 bis 17:00 Uhr sowie nach Vereinbarung

kapfenberg / bruck

KPÖ
www.kpoe-kapfenberg.at